

Unverkäufliche Leseprobe



Christoph Lütge
Ethik des Wettbewerbs
Über Konkurrenz und Moral

154 Seiten mit einer Abbildung. Broschiert
ISBN: 978-3-406-66964-4

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/13732093>

Einleitung

«Der Krieg ist der Vater aller Dinge», sagte Heraklit um das Jahr 500 v. Chr. Er gilt damit vielen Interpreten als der dunkle, der «schwierige» Denker, der das Leben vor allem von Disharmonie gekennzeichnet sah und sich wenig Illusionen machte. Damit steht er ganz im Gegensatz zu den meisten anderen antiken Philosophen, welche vor allem die ewigen Werte, die Einheit des Seins, das immer Gleiche, die Einheit in der Vielheit oder das überzeitlich Göttliche betonten. Heraklit dagegen geht es um die Veränderlichkeit, um das sich Wandelnde.

Die deutsche Übersetzung von «polemos» mit «Krieg» ist im Grunde genommen zu eng: Man kann eher vom Widerstreit, vom Wettstreit sprechen – oder vom Wettbewerb. In der Tat trifft sich dies auch mit Heraklits anderem bekannten Ausspruch «panta rhei»: Alles fließt. Die Welt ist ständigen Veränderungen unterworfen, und der Wettbewerb ist einer jener Mechanismen, die diese Veränderungen hervorbringen.

Der Wettbewerb ist das Thema dieses Buches. Genauer gesagt: Es geht um eine Betrachtung des Wettbewerbs aus *ethischer* Sicht. Mein Ziel ist dabei nicht primär eine Abwägung der ethischen Konsequenzen des Wettbewerbs, etwa die Fragen zu klären, ob die Vorteile des Wettbewerbs die Nachteile überwiegen oder was man im Wettbewerb darf und was nicht (auch wenn ich beides en passant streifen werde). Mein Ziel ist vielmehr, die ethischen Leistungen des Wettbewerbs systematisch herauszuarbeiten und zu würdigen – als eines zivilen, nicht kriegerisch-kämpferischen Mechanismus, der viele zivilisatorische Errungenschaften erst ermöglicht hat.

Wie in diesem Buch deutlich werden wird, sind so manche Kritiker der Marktwirtschaft, Kritiker des Kapitalismus, Kri-

tiker der Ökonomie und der Ökonomisierung bei näherer Betrachtung keine fundamentalen Gegner des Wettbewerbs. Manche sagen dies ganz offen, etwa der britische Handelsminister Vince Cable, als er auf dem Parteitag der Liberaldemokraten 2010 äußerte, der Kapitalismus töte den Wettbewerb, wo er könne.¹ Gleiches gilt in der Sache aber, wie ich zeigen werde, für viele andere Kritiker: Sie mögen vehemente Brandreden gegen Ökonomisierung und Kommerz, gegen den «Terror der Ökonomie» (Viviane Forrester) oder gegen das Diktat der Märkte halten – aber wenn man genauer hinsieht oder nachliest, so lehnen sie den Wettbewerb als solchen nicht grundsätzlich ab, sondern sehen seine Notwendigkeit (vielleicht innerhalb gewisser Grenzen) doch ein.

Dieser Grundgedanke durchzieht das folgende Buch. Dazu ist es in Kapitel 1 zunächst erforderlich, den Begriff und das Konzept des Wettbewerbs schärfer zu fassen und ihn von verwandten Begriffen zu unterscheiden. Näher beleuchtet wird dabei die Verwendung des Begriffs Wettbewerb in unterschiedlichen Kulturen sowie in unterschiedlichen Epochen. Auch die Kritiker des Wettbewerbs kommen ausführlich zu Wort.

Kapitel 2 begründet, weshalb Wettbewerb aus ethischer Sicht ein fruchtbares und begrüßenswertes Konzept darstellt. Ich werde dabei auf die Philosophie, aber auch auf ökonomische Beispiele zurückgreifen.

Kapitel 3 fasst den Kerngedanken näher, der hinter der Ablehnung von Wettbewerbskonzepten steht: das Nullsummendenken. Dieses Denken werde ich durch Bibel, Geschichte und Philosophie hindurch verfolgen. Das Nullsummendenken steht einer ethischen Neubewertung des Wettbewerbs systematisch im Weg. Ich behaupte, dass der Wettbewerb in seinen unterschiedlichsten Ausprägungen massiv positive Auswirkungen auf Fragen der Ethik hat, und wir sollten daher unsere Wettbewerbsfeindschaft aufgeben. Ich gehe hier zudem auf interkulturelle Unterschiede in der Haltung zum Wettbewerb

ein und werde auch experimentelle Befunde aus jüngster Zeit zitieren.

Die folgenden vier Kapitel dienen der Anwendung der grundlegenden Gedanken auf einzelne Bereiche:

In Kapitel 4 wird es darum gehen, wie verstärkter Wettbewerb im Bereich der Ökologie der Umwelt gerade nicht schadet, sondern ethische Verbesserungen erbringen kann.

Kapitel 5 beschäftigt sich mit den Auswirkungen des Wettbewerbs im Bildungssektor – wobei ich bereits an dieser Stelle betone: Es geht mir nicht darum, Wettbewerb in jeder Hinsicht und in jeder Form für zielführend oder ethisch wertvoll zu erklären. Vielmehr soll in diesem Kapitel gerade deutlich werden, dass es sehr darauf ankommt, zwischen welchen Akteuren wir den Wettbewerb stattfinden lassen – und in welcher Weise. Wettbewerb ist nicht einfach da, sondern wir müssen ihn gestalten.

Kapitel 6 widmet sich einem seit Jahren aktuellen und kontrovers diskutierten Gebiet, nämlich der Frage, ob verstärkter Wettbewerb in den Bereichen Gesundheit und Pflege zu Verbesserungen führt. Ich bin dieser Ansicht und werde begründen, weshalb. Aber auch hier kommt es darauf an, dass die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs im Gesundheitssektor angemessen gesetzt sind.

Kapitel 7 diskutiert die Anwendung der Kerngedanken auf das Feld der Politik: Auch hier gibt es Raum für Verbesserungen durch den Wettbewerb, die nicht mit ethischen Argumenten abgebügelt werden sollten. In diesem Kapitel wird deutlich: Ethik sollte keine Einbahnstraße ausschließlich mit Verbotsschildern sein, in der grundsätzlich gebremst und verhindert wird. Ethik kann und sollte auch neue Spielräume eröffnen.

Kapitel 8 schließlich betrachtet die Art, wie wir im privaten Bereich mit wettbewerblichen Ideen umgehen – oder auch gerade *nicht* umgehen. So geraten schon Gesellschaftsspiele wie Monopoly in den Verdacht, zu konkurrenzorientiert und damit

schädlich zu sein. Es geht mir hier um im Alltagsdenken verankerte Mechanismen, die uns immer wieder dazu führen, Wettbewerb und andere ökonomische Mechanismen abzulehnen – und die uns dabei auch selbst schaden. In dieser Hinsicht stimme ich mit vielen traditionellen Ethikern überein: Die Ethik kann sich nicht nur mit den großen Fragen der Politik und Gesellschaft beschäftigen, sondern sollte auch die kleinen, einzelnen und Alltagsfragen behandeln. Aber dabei sollte sie nicht nur dem Bremsen, sondern zumindest gelegentlich auch der Beschleunigung dienen.

Ich danke allen, ohne die dieses Buch nicht entstanden wäre. Ganz besonders danke ich meiner Frau Christiane für ihre Unterstützung sowie unseren Kindern, denen dieses Buch gewidmet ist.

Wettbewerb, Politik und Medien

In einer Demokratie ist politischer Wettbewerb ein wichtiges Gut. Er ist ein Kernbestandteil des Systems selbst. Schon die Väter und Vordenker der Demokratie in der Frühen Neuzeit haben die Teilung der Gewalten zu einer zentralen Forderung erhoben. Die Gestaltung des politischen *Prozesses*, nicht so sehr die konkreten Ergebnisse stehen im Vordergrund.⁸⁵

Die politische Ökonomik hat diese Parallelen ebenfalls bereits sehr früh gesehen: Die Anwendung des ökonomischen Paradigmas auf andere Gebiete fand zuerst (mit Autoren wie Kenneth Arrow 1951 und Anthony Downs 1957/1968) auf den Bereich der Politik statt. Politiker als rationale Stimmenmaximierer – das war schon Downs' Perspektive. Später haben Ökonomen wie Milton Friedman (1962) politische Instrumente wie die negative Einkommensteuer oder James M. Buchanan (Brennan/Buchanan 1980/1988) die konstitutionelle Schuldenbremse entworfen. Überträgt man dieses Paradigma konsequent auf die Politik, so sollte eine Intensivierung des politischen Wettbewerbs – im Rahmen der geeigneten Institutionen – ein zentrales Anliegen einer politischen Ethik sein.

Allerdings gibt es – wie auch im wirtschaftlichen Bereich – Wettbewerbsformen, die nicht mehr produktiv oder im wechselseitigen Interesse sind. Die Verfassungsväter Deutschlands haben sich 1949 gerade darüber ausführlich Gedanken gemacht: Ihr Schreckensszenario war die Weimarer Republik, die von Beginn an unter einer Zersplitterung der politischen Landschaft litt, vor allem des Reichstags. Das völlige Fehlen einer Sperrklausel führte zu weitgehender Handlungsunfähigkeit von Re-

gierungen und Parlamenten sowie zum Erstarren demokratiefeindlicher Parteien. Daraus wurde 1949 der Schluss gezogen, eine Fünf-Prozent-Hürde einzuführen. Sie galt zunächst nur auf Länderebene, vier Jahre später musste aber jede im Bundestag vertretene Partei fünf Prozent auf Bundesebene erreichen.

Wettbewerb sollte auch in der Politik verstärkt werden – und die Fünf-Prozent-Hürde ist in dieser Hinsicht eine entscheidende Stellschraube. Und diese Schraube ist gegenwärtig zu stark angezogen. Die Zersplitterung der politischen Landschaft ist nicht mehr das vorrangige Problem unserer Zeit; auch etablieren sich extremistische, insbesondere rechtsextreme Parteien in Deutschland nicht dauerhaft in den Volksvertretungen. Stattdessen fehlt aber gegenwärtig eher ein dynamischeres Element im politischen Wettbewerb, eines, das auch gegen die weitverbreitete Politikverdrossenheit helfen würde. Es ist zwar zu begrüßen, dass die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 zum ersten Mal seit langem gestiegen ist, aber dennoch geht, je nach Wahl, ca. ein Viertel bis ein Drittel der Wahlberechtigten nicht wählen. Früher war die Zersplitterung das gefährlichere Problem, heute jedoch ist es die lähmende Starre.

Sperrklauseln im internationalen Vergleich

Es ist für Fragen des Wettbewerbs immer sinnvoll, darauf zu sehen, wie es andere machen: Wie fallen Sperrklauseln im internationalen Vergleich aus?

Das Bild ist sehr bunt und vielfältig: Sperrklauseln (in größeren Staaten) reichen von «nicht existent» über 0,66 Prozent bis 10 Prozent. Wenn man sich auf Staaten konzentriert, die in Deutschland ohnehin gern zum Vorbild erhoben werden, kann man beobachten: Gerade die skandinavischen Länder kennen deutlich niedrigere Sperrklauseln. Sie liegen beispielsweise in Schweden und Norwegen bei 4 Prozent (wobei sie in Norwegen nur für Ausgleichsmandate, d.h. eher selten, gelten), in Däne-

mark sogar nur bei 2 Prozent der Stimmen. Finnland kennt eine Sperrklausel überhaupt nicht. Andere europäische Länder, die nicht das angelsächsische Mehrheitswahlrecht verwenden, haben zum Teil ebenfalls niedrigere Sperrklauseln, so etwa Österreich mit 4 Prozent für den Nationalrat und einige Länderparlamente, Griechenland und Spanien mit 3 Prozent (im Fall Spaniens genügen sogar 3% in nur einem *Wahlkreis*) oder die Niederlande mit noch geringeren 0,66 Prozent. Dennoch sind alle diese Staaten vergleichsweise politisch stabil – bzw. sind (im Fall etwa von Spanien und Griechenland) Krisenphänomene nicht auf diese Sperrklausel zurückzuführen, sondern auf andere wirtschaftliche Missstände. Eine höhere Sperrklausel als 5 Prozent findet sich dagegen, unter den größeren europäischen Staaten, nur in Russland (7 Prozent) und der Türkei (10 Prozent).

Tatsächlich ist die Fünf-Prozent-Hürde auch in Deutschland nicht unumstritten, sondern sie ist schon in die Kritik geraten – und teilweise bereits verändert worden. Auf Ebene der Kommunalwahlen ist sie fast überall abgeschafft. Für die Europawahlen wurde sie vom Bundesverfassungsgericht 2011 für verfassungswidrig erklärt; sie sollte nach einem Bundestagsbeschluss von 2013 künftig nur noch bei 3 Prozent liegen: Doch selbst die Drei-Prozent-Hürde wurde im Februar 2014 von den Verfassungsrichtern gekippt.

Darüber hinaus gilt die Fünf-Prozent-Hürde auch jetzt faktisch nicht für nationale Minderheiten wie den Südschleswigschen Wählerverband in Schleswig-Holstein, und sie lässt sich auch bei der Bundestagswahl durch den Gewinn dreier Direktmandate ersetzen (was 1994 der PDS zum Einzug in den Bundestag verhalf).

Das Bundesverfassungsgericht hat 1990 zwar die grundsätzliche Zulässigkeit der Fünf-Prozent-Hürde festgestellt, dabei aber interessanterweise geäußert, ihre Zulässigkeit könne «nicht einmal für allemal abstrakt beurteilt werden» (BVerfGE,

29. September 1990). Das heißt im Klartext: Spätere Revision der Beurteilung nicht ausgeschlossen.

Jedenfalls kann man sich zur Abwehr der Diskussion um die Sperrklausel nicht mehr allein auf Weimarer Zustände berufen. So wie die Wehrpflicht nicht mehr mit der Furcht vor einem Weimarschen «Staat im Staate» begründet werden konnte und konsequenterweise 2011 abgeschafft wurde, so ist es auch mit anderen Institutionen der deutschen Demokratie.

Und so wie auch die Soziale Marktwirtschaft von 1949 nicht ein für allemal festgeschrieben werden kann, ist auch die Fünf-Prozent-Hürde nicht sakrosankt. Demokratische Gesellschaften entwickeln sich weiter, das macht ihren Kern aus.

Was könnte das Ziel einer Diskussion um die Fünf-Prozent-Hürde sein? Es geht nicht um eine totale Abschaffung, aber sehr wohl um eine Reduzierung der Sperrklausel: 3 oder 4 Prozent würden es auch tun. Sie sind im internationalen Vergleich nicht unüblich, und sie würden der Demokratie einen Dienst erweisen.

Welche Auswirkungen sich für Wahlausgänge insgesamt ergeben würden, ist umstritten und alles andere als klar. Große Parteien *könnten* von einer stärkeren Pluralisierung der politischen Landschaft profitieren oder auch nicht.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de